

Datum:

**An die Bezirksbürgermeisterin/den Bezirksbürgermeister als Vorsitzende(r) der
Bezirksvertretung Schildesche****Antrag****Aufnahme in die Tagesordnung**

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Schildesche	18.01.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule**Beschlussvorschlag:**

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro Hausmann zu prüfen, ob und wie am geplanten Standort an der Westerfeldstraße und am jetzigen Standort der Martin-Niemöller-Gesamtschule ein Neubau der Schule realisiert werden kann. Gegebenenfalls sind Finanzmittel für diese Prüfung zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Der Schulneubau am vorgesehenen Standort an der Westerfeldstraße wirft zahlreiche Fragen auf:

- Zügigkeit: Reichen die dargestellten „Ersatzkapazitäten“ (GS Quelle, neue Sekundarschule am Brodhagen) tatsächlich und ist es für ein Oberzentrum wie Bielefeld tatsächlich sinnvoll, Schüler/innen aus Jöllenbeck nach Spenge zu verweisen (so U. Witthaus) und dort Erstattungen zu finanzieren?
- Ungeklärter Flächenbedarf
- Verkehrsbelastungen im direkten Umfeld durch Lärm und Abgase (Lage an den viel befahrenen Straßen Westerfeldstraße und Apfelstraße)
- Pädagogisches Konzept und die daraus erwachsenden baulichen Notwendigkeiten.
- Stadtbezirksbezogene Anforderungen (Vereine, VHS, Stadtteilbibliothek, Bezirksvertretung u.a.)
- Beschlossene Freihaltung einer möglichen Verlängerung der Linie 1
- Gefahrensituationen für täglich mehr als tausende Schülerinnen und Schüler, die die Straße An der Reegt queren müssen – sowohl auf dem Weg von der Stadtbahn-Haltestelle zur Schule als auch zu den Turnhallen (insbesondere auch für SchülerInnen mit Behinderungen)
- Relativ weite Wege zu den Sporthallen
- Mögliche Nachbarschaftskonflikte
- Fehlende Freiflächen innen und außen für Ganztagsbetrieb (Pausen, Arbeitsgemeinschaften, Freizeitgestaltung...) für deutlich mehr als 1.000 Schüler/innen

- Ungeklärte Nachnutzung des bisherigen Schulgeländes

Der vorgesehene Standort an der Westerfeldstraße ist in den Bemaßungen deutlich kleiner als der bisherige. Für einen sukzessiven Abriss der bisherigen Schulgebäude und dem mehrstufigen Neubau am bisherigen Standort stehen auf und im direkten Umfeld der Schule ausreichende Flächen für notwendige Containerbauten zur Verfügung. Durch eine geschickte Abriss- und Bauabfolge sollte es gelingen, die Belastungen für den Schulbetrieb in vertretbarem Rahmen zu halten.

Der bisherige, großzügig gestaltete und geschnittene Standort ist u. E. insgesamt wesentlich geeigneter als der jetzt vorgesehene. Im Blick auf die (hoffentlich!) lange Nutzungsdauer einer Schule und der zigtausenden von Schülerinnen und Schülern, die sie im Laufe der Jahrzehnte besuchen und von ihr mit geprägt werden, halten wir es für pädagogisch fahrlässig, sich alternativlos und ohne weitere Überprüfung auf den neuen Standort Westerfeldstraße festzulegen.

Unterschrift:

Unterschrift:

Unterschrift:

Unterschrift: